

# Deutschland hat Zukunft Terror und Cyberattacken – Brauchen wir eine Sicherheitspolitik 4.0?

---

**Freitag, 17. Februar 2017 um 13:30 Uhr**

Ehemalige Karmeliterkirche

Karmeliterstraße 1, 80333 München

---

## Begrüßung und Eröffnungsstatement

---

**Alfred Gaffal**

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
im Namen der Vereinigung der bayerischen  
Wirtschaft begrüße ich Sie sehr herzlich in der  
Ehemaligen Karmeliterkirche.

Besonderes begrüße ich

- **Frau Staatssekretärin Dr. Suder** vom  
Bundesverteidigungsministerium,
- **Herrn Professor Kempf**, seit diesem Jahr  
der neue Präsident des Bundesverbands der  
Deutschen Industrie,
- **Herrn Grillo**, Vize-Präsident des BDI sowie
- **Herrn Günther**, Vorsitzender des BDI-  
Ausschusses für Sicherheit.

Wie es seit über zehn Jahren Tradition ist,  
nehmen wir auch diesmal die Münchner  
Sicherheitskonferenz zum Anlass, um uns aus  
Sicht der Wirtschaft über Sicherheitsthemen  
auszutauschen.

Die Überschrift des heutigen Kongresses lautet  
**„Terror und Cyberattacken – Brauchen wir  
eine Sicherheitspolitik 4.0?“**.

Ich freue mich, dass wir hochrangige Experten  
aus Wirtschaft und Politik gewinnen konnten, um

heute über dieses wichtige und aktuelle Thema zu diskutieren.

Welche Gefahren gibt es?

Meine Damen und Herren,

vor einem Jahr habe ich meine Rede mit den Worten begonnen:

„So stark wie lange nicht mehr prägen derzeit Krisen, Kriege und Terror die Nachrichtenlage.“

Heute müssen wir feststellen, dass es nicht besser geworden ist. Im Gegenteil.

**Die Welt ist aus den Fugen geraten.**

Da ist der Terrorismus, der – das zeigen die Anschläge in Würzburg, Ansbach und Berlin – auch in Deutschland angekommen ist.

Da sind die wachsenden geopolitischen Krisen – die Stichworte lauten

- Syrien, Afghanistan, Irak, Nord- und Westafrika,
- islamistischer Terror in vielen Regionen,
- der Russland-Ukraine-Konflikt,
- die Situation in der Türkei,
- die Flüchtlingskrise und

- die Krise der EU und
- auch die Finanz- und Eurokrise ist noch nicht aus der Welt.

Da sind die Aussagen von US-Präsident Donald Trump, der angedeutet hat, Veränderungen an der weltweiten Sicherheitsarchitektur vornehmen zu wollen.

Eine besonders große und wachsende Gefahr gibt es zudem für unsere IT-Sicherheit – durch Cyberangriffe auf unsere IT-Infrastruktur, auf politische Institutionen und auf die Unternehmen.

Wird ein Unternehmen Ziel eines Cyberangriffs, können durch Betriebs- und Produktionsausfälle oder durch Datendiebstahl immense Schäden entstehen.

Gerade der innovative bayerische und deutsche Mittelstand mit seinen zahlreichen Weltmarktführern und „Hidden Champions“ muss damit rechnen, Ziel von digitaler Industriespionage zu werden.

Ausspäh- und Sabotageangriffe finden mittlerweile grenzüberschreitend und rund um die Uhr statt.

Die jährlichen Schäden liegen allein für die deutsche Industrie bei **über 22 Milliarden Euro** pro Jahr.<sup>1</sup>

Die Zahl bekannter Schadprogramme lag im August 2016 laut Lagebericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bei unglaublichen 560 Millionen.<sup>2</sup>

Was muss aus Sicht der bayerischen Wirtschaft angesichts der vielfältigen Bedrohungen geschehen?

Acht Punkte

**Erstens:** Wir müssen IT-Sicherheit groß schreiben.

Für die Wirtschaft ist das heute das zentrale sicherheitspolitische Thema.

Die 2012 gegründete Allianz für Cyber-Sicherheit ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Damit hat sich das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zum Ziel gesetzt, die

---

<sup>1</sup> Laut einer Studie aus dem Jahr 2016 von Bitkom.

<sup>2</sup> Als Schadprogramm oder Malware werden Computerprogramme bezeichnet, die unerwünschte oder schädliche Funktionen auf einem infizierten Computer ausführen.

Widerstandsfähigkeit des Standorts Deutschland gegen Cyberangriffe zu stärken.

Es ist gut, dass der deutsche Mittelstand dabei im Fokus steht.

Besonders im KMU-Bereich ist eine weitere Sensibilisierung für das Thema nach wie vor wichtig.

Daher freue ich mich, dass wir heute auf dem Podium auch Herrn **Arne Schönbohm** dabei haben, den Präsidenten des BSI.

Er wird den aktuellen Stand in Sachen IT-Sicherheit in die Diskussion einbringen.

Wichtig ist aber auch:

Sicherheitserwägungen dürfen die Innovationskraft unserer Digitalwirtschaft nicht abwürgen.

Wir brauchen **praxisgerechte** Lösungen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden.

Daten sind der „Rohstoff der Zukunft“.

Das hat auch unsere große vbw Studie zum Thema Big Data gezeigt, auf deren Grundlage

der **Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft**

konkrete Handlungsempfehlungen für  
Unternehmen und Politik entwickelt hat.

**Zweitens:** Der Staat muss Stärke zeigen und  
konsequent für Orientierung und Sicherheit für  
seine Bürger und seine Wirtschaft sorgen

Nur in einem sicheren Staat kann sich Wohlstand  
entwickeln.

Es ist richtig, angesichts der veränderten  
Bedrohungslage die geltenden  
Sicherheitsgesetze auf den Prüfstand zu stellen  
und, wo nötig, zu verschärfen.

Dabei geht es aber nicht nur um neue Gesetze,  
sondern auch um die Durchsetzung des  
geltenden Rechts.

**Ein „Fall Amri“ darf sich nicht wiederholen!**

**Drittens:** Wir müssen ohne Wenn und Aber die  
weitere Einbettung in und die Stärkung des  
transatlantischen Bündnisses anstreben.

Die Äußerungen von Donald Trump haben zu  
Unsicherheiten darüber geführt, wie er es denn  
„mit der NATO hält“.

Von der Bundesregierung erwarten wir in dieser Situation, dass sie weiterhin alles für eine Stärkung des Westbündnisses tut.

Wir müssen unsere Werte – und dazu gehört wesentlich ein liberales Wirtschaftssystem – gegen ihre Feinde verteidigen – gegen die Feinde von außen, aber auch im Inneren!

**Viertens:** Wir müssen innerhalb der EU zu deutlich mehr Zusammenarbeit und Schlagkraft in Sachen „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ kommen.

Die von Donald Trump angekündigte geopolitische Zurückhaltung der USA muss hier als Weckruf und Chance begriffen werden, in der EU enger zusammenzurücken und selbst schlagkräftiger zu werden.

**Fünftens:** Wir müssen nach allen Seiten offen bleiben und mit allen reden, auch mit Russland und dem Iran.

Ohne diese beiden Länder sind die vielen Probleme im Nahen und Mittleren Osten und die Flüchtlingskrise nicht zu lösen.

Sanktionen werden dabei jedenfalls nicht helfen.



Eine ganze Region droht zu zerfallen – mit Ansteckungsgefahren in Afrika und Asien.

Wir brauchen Partner, die dort ein gewisses Maß an Einfluss und Stabilität versprechen.

**Sechstens:** Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen.

Es ist in unser aller Interesse, dass die Volkswirtschaften Afrikas endlich auf die Beine kommen – gerade mit Blick auf die Flüchtlingskrise und den islamistischen Terrorismus.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller hat unlängst die Eckpunkte eines „Marshallplans mit Afrika“<sup>3</sup> vorgestellt.

Fest steht:

Der Weg dahin ist steinig – aber er hat keine Alternative.

**Siebtens:** Wir brauchen weiter eine erfolgreiche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

---

<sup>3</sup> Der offizielle Name der Initiative des Bundesentwicklungsministeriums heißt tatsächlich „Marshallplan **mit** Afrika“.

Rund ein Drittel dieser Unternehmen haben ihren Sitz in Bayern. Die meisten davon sind Mittelständler.

Sie sind bedeutende Arbeitgeber und Innovationstreiber.

Von dieser Innovationskraft profitieren viele Branchen:

- die Automobilindustrie,
- die Pharma- und Chemie-Industrie sowie
- die Nachrichtentechnik.

Gerade in den wichtigen Zukunftstechnologien gibt es viele Schnittmengen mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Das sollte nicht vergessen werden!

Herr **Claus Günther**, CEO der Diehl Defence Holding, wird uns sicherlich noch etwas zur Bedeutung der Branche sagen.

**Und schließlich achtens:** Wir müssen unsere **sicherheitstechnologische Souveränität** verteidigen.

Dazu gehört nicht nur die Verteidigungsindustrie im engeren Sinne.

Zu ihr gehören auch:

- sichere IT-Systeme,
- die Entwicklung neuer Materialien und Produktionsverfahren wie der 3D-Druck,
- Sensorik,
- Robotik und künstliche Intelligenz,
- Energiespeichertechnologien,
- Biotechnologie sowie
- Navigations- und Geodatensysteme.

Im Zeitalter der Digitalisierung muss die Definition sicherheitsrelevanter Systeme weiter gefasst werden.

Unternehmen, die diese Schlüsseltechnologien entwickeln und herstellen, müssen bei uns in Deutschland und Europa bleiben.

Damit Sie mich aber nicht falsch verstehen: Sicherheitstechnologische Souveränität erreichen wir nicht durch Marktabstottung.

Ganz im Gegenteil: Gerade der freie Welthandel und die internationale Vernetzung helfen uns, die besten Sicherheitssysteme zu entwickeln.

Umso mehr gilt es aber, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen durch innovationsfreundliche

Rahmenbedingungen und eine weitsichtige Exportpolitik zu fördern.

Eine strategische Ausrichtung ist aus Sicht der Wirtschaft notwendig, wenn Deutschland auch in Zukunft über eine starke Sicherheits- und Verteidigungsindustrie verfügen will.

Die Beschlüsse und Ziele aus dem Strategiepapier sowie aus dem Weißbuch dürfen kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben.

Es müssen Taten folgen.

#### Schluss

Meine Damen und Herren,

die vielfältige Bedrohungslage erlaubt nur eine Antwort auf die Frage im Titel unseres Kongress:

**Ja, wir brauchen eine Sicherheitspolitik 4.0!**

Dafür muss die Politik einer klaren sicherheitspolitischen Gesamtstrategie folgen.

Ich freue mich jetzt auf die Vorträge und die Diskussion – und gebe das Wort an Herrn Professor Kempf vom Bundesverband der Deutschen Industrie. Vielen Dank!